

Das Interesse ausländischer Unternehmen und Joint Ventures an der Sonderwirtschaftszone Pudong soll sich im letzten Jahr verstärkt haben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1991 wurden 68 Auslandsunternehmen und Joint Ventures mit einem geplanten Kapitaleinsatz in Höhe von 120 Mio. US\$ genehmigt. Damit soll die Gesamtzahl der Joint Ventures auf 143 mit einer Kapitalausstattung von 425 Mio. US\$ gestiegen sein.

Der größte ausländische Investor mit 82 Projekten und 42% des Kapitals ist Hongkong, gefolgt von den USA mit 17 Projekten und 12% des Kapitals. An dritter Stelle steht Japan als ausländischer Investor mit 14 Projekten und einem Kapitalanteil von 3,6%. Taiwan liegt bereits mit 11 Projekten und einem Kapitalanteil von 4,3% an vierter Stelle. (SCMP, 13.3.92)

Einem Bericht der SCMP vom 24.3.92 zufolge, soll die Zentralregierung die Übernahme von 40% der im Zeitraum des 8.Fünffjahresplanes (1991-95) notwendigen Entwicklungskosten für Pudong zugesagt haben; die Gesamtkosten werden in dieser Periode auf ca. 50 Mrd. Yuan geschätzt.

Politische Unterstützung für die Entwicklung Shanghais kam auch von Deng Xiaoping, der Anfang März zusammen mit Yang Shangkun, Jiang Zeming und Wan Li die Sonderwirtschaftszone Pudong besuchte. (SWB, 12.3.92) Mit Blick auf die sich vergrößernden regionalen Entwicklungsunterschiede soll Deng Xiaoping bedauert haben, Shanghai nicht auch schon Anfang der 80er Jahre die Rechte einer Sonderwirtschaftszone gegeben zu haben. (FAZ, 19.3.92)

Von der Ausweitung der wirtschaftlichen Sonderrechte erwartet Shanghai auch eine Beschleunigung des Wachstumstempos und will dementsprechend statt der ursprünglich für dieses Jahr geplanten Wachstumsrate von 5-6% ein höheres Wirtschaftswachstum erreichen. In der vorangegangenen Dekade lag Shanghais Wachstum von durchschnittlich 7,2% jährlich sogar unterhalb des Landesdurchschnitts von rund 10% und weit hinter dem Entwicklungstempo von Guangdong.

Für die laufende Fünfjahresperiode bis 1995 und die Zehnjahresplanung bis zum Jahr 2000 sollen ebenfalls die ge-

planten Wachstumsraten neu bestimmt werden. Shanghais Bürgermeister Huang Ju kündigte Ende März an, daß die Stadt ihre komperativen wirtschaftlichen Vorteile zusammen mit den neuen Sonderrechten zur Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung nutzen will. Dabei sollen Huang Ju zufolge vor allem drei Aspekte betont werden:

- Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und Koordinierung der einzelnen Entwicklungsaspekte. In den 90er Jahren soll der Anteil der Tertiärindustrie von derzeit 30% auf 35% bis 1995 und auf 42-45% bis zum Jahre 2000 erhöht werden. Geplant ist ferner, den Anteil der neuen und High-Tech-Industrien von derzeit 2% auf 5% innerhalb der nächsten fünf Jahre zu steigern. Auch die Bedeutung der Schlüsselindustrien, einschließlich Automobilindustrie, Maschinenbau-, Elektronik- und Chemieindustrie, soll mit einer Vergrößerung ihrer Anteile von 20% auf 30% ausgebaut werden.

- Die Verteilung der Standorte der Industriebetriebe soll einem rationalen Entscheidungsprozeß unterworfen werden, um die besten wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen. Vorgesehen ist die Verlegung der Industriebetriebe, Lagerhäuser und einiger anderer Institutionen (?) an den Stadtrand, da die Innenstadt Shanghais in ein Finanz- und Handelszentrum umgestaltet werden soll.

- Mit der Entwicklung von Pudong will die Stadt den Reformprozeß und die außenwirtschaftliche Öffnung beschleunigen. Innerhalb der kommenden drei Jahre soll die Ansiedlung von rund 1.000 Unternehmen mit ausländischem Kapital, 1.000 inländischen Unternehmen sowie 1.000 Handelsorganisationen in der Sonderwirtschaftszone genehmigt werden.

Huang Ju zufolge sieht die Planung eine Verdoppelung des Bruttosozialprodukts bis 1995 und eine Vervierfachung bis zum Jahre 2000 vor. Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz sowie der Ausbau einer exportorientierten Produktion sollen die Schwerpunkte in der Entwicklung sein. Die Erhöhung des industriellen Bruttowerts in den ersten zwei Mo-

naten dieses Jahres um 20,7% gegenüber der Vorjahresperiode sieht Huang Ju als ermutigendes Zeichen für eine schnelle Belebung an. (XNA, 24.3.92) Insgesamt realisierte Shanghai im Jahre 1991 ein Wachstum des industriellen Bruttowerts in Höhe von 13,7% und Exporte Produkte im Werte von 5,73 Mrd. US\$.

(XNA, 6. u. 19.3.92) -schü-

Taiwan

*(33)

Besuch der nicaraguanischen Präsidentin Chamorro und des südafrikanischen Außenministers Botha

Vom 3. bis 7. März machte die nicaraguanische Präsidentin Violeta Chamorro einen Staatsbesuch in Taiwan. (LHB, 8.3.92; ZYRB, 9.3.92; FCJ, 6. und 10.3.92) Nicaragua hatte 1985 unter der damaligen sandinistischen Regierung diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und zugleich die diplomatischen Beziehungen zu Taipei abgebrochen. Nach dem Sieg von Frau Chamorro bei der letzten Präsidentschaftswahl hat ihre Regierung im November 1990 Taipei wieder anerkannt; damit wurde Beijing zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Managua gezwungen. (Dazu ausführlich C.a. Dezember 1985, Ü 41, S.810 f. und November 1990, Ü 42, S.832 f.) Bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beider Seiten hatte Taipei Nicaragua zunächst 100 Mio. US\$ Entwicklungshilfe gewährt und im letzten Jahr weitere 30 Mio. US\$ zugesagt. Am 6. März unterzeichneten beide Seiten Verträge über Kulturaustausch und landwirtschaftliche Zusammenarbeit.

Südafrikas Außenminister Pik Botha hielt sich vom 20. bis 23. März in Taiwan auf. (LHB, 20.3.92; CP, 21.3.92; ZYRB, 22.3.92; FCJ, 24.3.92) Außenminister Botha leitete in Taipei die Jahreskonferenz südafrikanischer Botschafter und Missionschefs im Fernen Osten und Australien. Frau Botha unterzieht sich derzeit in einem Taipeier Krankenhaus einer Akupunkturbehandlung. Bothas Taiwanreise erregte Aufmerksamkeit, weil in letzter Zeit häufig Spekulationen über eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehun-

gen zwischen Pretoria und Beijing auf-tauchten. Im letzten Oktober war Botha nach einem Besuch in Taiwan überraschend weiter nach Beijing geflogen, um dort über die Aufnahme von Handelsbeziehungen beider Seiten zu verhandeln. Kurz danach - Mitte November - stattete der südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk Taiwan einen Staatsbesuch ab. Vor der Presse bekräftigte er die "ungebrochene" Treue zu den "alten Freunden" in Taiwan. Südafrika, so de Klerk, werde in den diplomatischen Beziehungen mit Taipei nichts ändern, solange er Einfluß auf die politischen Entscheidungen seines Landes habe. Er räumte aber ein, daß sein Land in eigenem Interesse Handel mit dem chinesischen Festland betreiben wolle. (Dazu C.a. November 1991, Ü 34, S.699.)

Im Januar d.J. hatte Beijings Außenminister Qian Qishen Pretoria besucht und mit Botha die gegenseitige Errichtung eines "privaten" (halbamtlichen) Forschungsinstituts vereinbart. Am 1. April sollten beide Seiten ein Handelsbüro eröffnen. Bei seinem jüngsten Besuch am 20. März in Taipei erklärte Botha gegenüber der Presse nachdrücklich, daß seine Regierung Taipei als die einzige chinesische Regierung anerkenne. Südafrika sei nach wie vor gegen Marxismus, Leninismus, Kommunismus oder irgendeine andere Form von Sozialismus. Daher schloß er eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen seiner Regierung mit Beijing aus, so lange der Kommunismus dort bestehe. Die Kontakte beider Seiten beschränkten sich nur auf die "private Handelsebene". Sollte Beijing die südafrikanische Regierung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taipei drängen, so Botha, werde diese ihre inoffizielle Handelsvertretung in Beijing schließen. -ni-

*(34)

Volle Rehabilitierung der Opfer des "28. Februar" 1947?

Am 28. Februar jährte sich zum 45. Mal die historische Tragödie des "28. Februar", dem Volksaufuhr im Jahre 1947 gegen die Regierung in Taiwan. Vor 1987 war das brisante Thema noch ein Tabu. Im Zuge der politischen Liberalisierung, besonders seit der Beendigung des langwierigen Ausnahmezustands im Juli 1987, fanden jedes

Jahr bei der Wiederkehr dieses empfindlichen Tages offene Diskussionen und Gedenkversammlungen statt. Im Laufe der letzten zwei Jahre hat die Regierung verschiedene Sondergruppen zur erneuten Untersuchung und Bewertung des Vorfalles gegründet und auch an den Gedenkveranstaltungen auf verschiedene Weise mitgewirkt. Staatspräsident Li Denghui, der im März des vergangenen Jahres demonstrativ die Hinterbliebenen der Opfer empfangen hatte, nahm am 24. Februar d.J. an einem Gedenkkonzert teil und vollzog vor den Hinterbliebenen eine Verbeugung. In seiner Rede auf der Veranstaltung appellierte er nochmals an alle Betroffenen zur Versöhnung und kündigte an, eine Kommission mit Regierungsbeteiligung für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung des Vorfalles zu gründen. (LHB, 25.2.92; ZYRB, 26.2.92)

Zwei Tage vor Lis Rede, am 22. Februar, hatte die Regierung einen neuen Bericht über die Ereignisse des 28. Februar veröffentlicht. In diesem Report, eine Arbeit mehrerer Wissenschaftler im Auftrag der Regierung, sind auch einige damalige Regierungspolitiker einschließlich Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) als Regierungschef in Nanjing (Nanking) und Chen Yi als Gouverneur der Provinz Taiwan zur Mitverantwortung für die Ausbreitung der blutigen Tragödie belangt worden (Auszug des Reports in ZYRB, 24.2.92). Am 25. Februar bekannte sich Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) vor dem Gesetzgebungsyan (Parlament) zu Fehlern seitens Regierung, betonte aber, daß das nur seine "persönliche" Meinung sei. (LHB, 26.2.92; ZYRB, 27.2.92) Am 28. Februar nahm der Gesetzgebungsyan von der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang), der Opposition Minjindang (DPP) sowie einem parteilosen Abgeordneten jeweils drei Gesetzesentwürfe für die Entschädigung der Opfer zur Debatte an. Im Gesetzesentwurf der Opposition wird auch eine offizielle Entschuldigung von der Regierung verlangt. (LHB, 29.2.92; ZYRB, 1.3.92; ZZ, 6.3.92) -ni-

*(35)

Volksvermögen und Einkommensschere

Ende 1988 war statistisch gesehen jeder Einwohner in Taiwan ein "Millionär". Wie aus der ersten, jetzt veröf-

fentlichten Vermögensermittlung des Landes hervorgeht, belief sich das in Geld ausgedrückte Vermögen (Gross National Wealth, GNW) Taiwans zum genannten Zeitpunkt auf 21,1 Billionen Neue Taiwan-Dollar (NT\$; etwa 1,4 Billionen DM). Dies entsprach bei einer Einwohnerzahl von knapp 20 Mio. einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Vermögen von über 1 Mio. NT\$.

Die Untersuchung, die vom Directorate General of Budget, Accounting and Statistics (DGBAS) in mehr als dreijähriger Arbeit erstellt wurde, gibt einen umfassenden Überblick über das Sachvermögen in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und Gesellschaft. Einbezogen wurden Anlagevermögen, wie Bauten, Ausrüstungen und Transportmittel usw., Vorräte sowie Auslandsforderungen bzw. -verbindlichkeiten, nicht aber Grund und Boden, Bodenschätze und nicht-reproduzierbare Vermögensarten.

Der Erhebung zufolge befanden sich Ende 1988 56% des erneuerbaren Vermögens in Unternehmen, 34,8% in Haushalten, 7,5% in staatlichen Behörden und 1,7% in gemeinnützigen Einrichtungen. Innerhalb des Anlagevermögens entfielen u.a. auf Bauten ein Anteil von 36,5% sowie auf Maschinen und sonstige Ausrüstungen eine Quote von 23%. Ferner stand jedem Haushalt eine Bruttowohnfläche von 31 Ping (1 Ping = 3,3 qm, einbezogen werden allerdings z.B. Teile des Hausflurs) zur Verfügung; das verfügbare Einkommen belief sich auf 410.000 NT\$. Außerdem besaß jeder fünfte Haushalt ein Auto und jeder zweite einen Videorecorder. (NFA, 9.3.92)

Ebenfalls den statistischen Angaben vom DGBAS zufolge lag das durchschnittlich verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 1990 bei 143.850 NT\$, davon wurden 113.775 NT\$ oder 79,09% für Konsum ausgegeben und 30.075 NT\$ oder 20,91% gespart. Allerdings hat sich die Einkommensschere zwischen Arm und Reich in den zehn Jahren von 1980 bis 1990 erweitert (Zahlen für 1991 liegen nicht vor). Die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen der obersten sozialen Schicht von einem Fünftel aller Haushalte zur untersten Schicht von ebenfalls einem Fünftel aller Haushalte ist vom 4,17fachen auf das 5,18fache gestiegen; der auch international für die Bemessung

der Einkommensdifferenz verwendete Gini-Koeffizient erhöhte sich von 0,277 auf 0,312. Ferner fiel das Einkommensverhältnis von bäuerlichen zu nichtbäuerlichen Familien im gleichen Zeitraum von 81,57% auf 78,7%. (Department of Statistics, Ministry of Economic Affairs, Taipei, März 1992, S.88) Nach Meinung mehrerer bekannter Volkswirtschaftler ist die Erweiterung der Einkommensschere in erster Linie auf die auswuchernden Grundstückspreissteigerungen durch Spekulationen zurückzuführen. (LHB, 2.3.92) -ni-

*(36)

Beschleunigung der Zollabfertigung

Taiwan beabsichtigt eine weitere Beschleunigung der Zollabfertigung für Importgüter. Nach einer Entscheidung des Directorate General of Customs besteht ab dem 1.6.1992 die Möglichkeit, Einfuhren noch vor der Zahlung eventueller Importzölle freizugeben.

Vorbedingung ist allerdings die Stellung entsprechender Sicherheiten durch die Importeure. Diese Leistungen können in Bargeld oder in Form von Festgeld- und Treuhandvermögens-Zertifikaten, staatlichen Schuldtiteln oder von Bankgarantien erfolgen.

Die beschlossene Maßnahme ist nach Darstellung der Zollbehörde zusammen mit der zum 8.11.1992 geplanten automatischen Luftfrachtabfertigung ein zweiter wichtiger Schritt, die Zollabwicklung modernen Erfordernissen anzupassen. Im Rahmen der Verbesserung der Abfertigung von Luftfrachteinfuhren können ab November Importeure direkt über Datenverarbeitungsanlagen mit den taiwanischen Zollbehörden kommunizieren statt, wie bisher, Zollmakler einzuschalten.

Für die Automatisierung der Seefrachtabfertigung ist als Stichtag der 8.11.1994 vorgesehen. (NfA, 2.4.92) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

44 Berater für Beijings Hongkong-Politik ernannt

Am 11.März haben das Büro für die Angelegenheiten Hongkongs und Ma-

caus unter dem chinesischen Staatsrat (Regierung) und die Hongkonger Niederlassung der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua - die zwei zuständigen Stellen Beijings für Hongkong und Macau - offiziell 44 Persönlichkeiten aus Hongkong als Berater für die Angelegenheiten Hongkongs ernannt. An der feierlichen Ernennungszeremonie in Beijing nahmen Staatspräsident Yang Shangkun, Ministerpräsident Li Peng und zahlreiche andere führende Partei- und Regierungspolitiker Chinas teil. (XNA und SCMP, 12.3.92; DGB, 13.3.92) In der britischen Kolonie, die nach vertraglicher Vereinbarung zwischen London und Beijing aus dem Jahre 1984 Ende 1997 an China zurückgegeben wird, befürchten viele, daß Beijing durch diese Berater seinen politischen Einfluß in Hongkong noch während der vorliegenden Übergangsperiode ausweiten will.

Im Gespräch mit dem zu Besuch weilenden chinesischen Außenminister Qian Qichen am 9.März in London warf der britische Außenminister Douglas Hurd der chinesischen Regierung vor, mit der Ernennung der Berater einseitige politische Entscheidungen über Hongkong zu treffen und forderte die chinesische Führung auf, einen Dialog mit den Mitgliedern des Legislativrats von Hongkong zu führen. Qian versicherte, daß die Berater keine formelle Institution seien und auch kein "zweites Machtzentrum" in Hongkong bilden würden. (SCMP, 10.3.92)

In seiner Rede auf der genannten Ernennungszeremonie äußerte Ministerpräsident Li Peng seine Hoffnung, daß die Berater für den friedlichen Ablauf während der Übergangsperiode, für die reibungslose Übergabe der politischen Macht sowie für die Aufrechterhaltung der Prosperität und Stabilität Hongkongs Sorge tragen werden. Der Direktor des chinesischen Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, Lu Ping, brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß die Berater als Kanal zwischen der chinesischen Regierung und der Bevölkerung Hongkongs dienen, betonte aber, daß alle Berater im eigenen Namen und formlos Vorschläge machen würden, also kein Mandat hätten.

Skepsis und Besorgnis in der Hongkonger Öffentlichkeit waren damit allerdings nicht ausgeräumt, denn die 44

Berater unterhalten gute Beziehungen zu Beijing. Fast zwei Drittel von ihnen waren Mitglieder des Komitees für den Entwurf des chinesischen Grundgesetzes für Hongkong bzw. des Konsultativkomitees für den Entwurf des Grundgesetzes und ein Drittel waren Mitglieder des Chinesischen Nationalen Volkskongresses (CNPC) bzw. des Politischen Konsultativkongresses des Chinesischen Volkes (CPPCC). Zwar sind auch drei ehemalige Mitglieder und drei amtierende Mitglieder des Legislativrats von Hongkong vertreten, sie sind aber nicht direkt vom Volk gewählt worden. Die liberal-demokratischen Kräfte unter Führung der "United Democrats of Hong Kong" (UDHK), die einen kritischen Standpunkt gegen die chinesischen Kommunisten einnehmen, wurden trotz ihres überwältigenden Sieges in den historischen ersten Teilwahlen zum Legislativrat im letzten Jahr bei der Ernennung als Berater nicht berücksichtigt. Der stellvertretende Direktor der Hongkonger Niederlassung der Presseagentur Xinhua, Qin Wenjun, sagte, daß auch in Zukunft bei der Ernennung weiterer Berater diejenigen ausgeschlossen sein würden, die die kommunistische Regierung in Beijing "umstürzen" wollen. Er meinte dabei also die UDHK und ihre Verbündeten. Infolgedessen ist es fraglich, ob die Berater tatsächlich die Meinung der breiten Bevölkerungsschicht vermitteln können. (FEER, 26.3.92)

Es wird vermutet, daß Beijing die Bildung einer starken konservativen Partei unter den Beratern unterstützt, damit die aktiven liberal-demokratischen Gruppierungen bei den nächsten direkten Teilwahlen des Legislativrats 1995 abgedrängt werden können. (Zhengming, Hongkong, April 1992, S.72 f.) Denn Lu Ping hat zum Zeitpunkt der Ernennung der ersten Gruppe von Beratern zum erstenmal eine positive Einstellung Beijings zur Gründung chinafreundlicher Parteien in Hongkong geäußert. Dabei lehnte er allerdings solche Parteien ab, die sich für den Sozialismus in Hongkong einsetzen würden - Beijing hat sich sowohl im sino-britischen Vertrag von 1984 über die Übergabe von Hongkong als auch im Grundgesetz für Hongkong ab 1997 verpflichtet, das kapitalistische System in Hongkong für 50 Jahre aufrechtzuerhalten. (SCMP, 10. und 14.3.92)